

Vertrauensvotum des Reichstags für die Regierung

Vertrauensvotum des Reichstags für die Regierung

Die geltrige Reichstagsitzung.

Nach dem Kriegsminister, dessen Rede im Abendblatt wiedergegeben wurde, sprach

Hbg. Noske (Soz.):

Der Kriegsminister hat offenbar noch immer nicht begriffen, um was es sich in Deutschland eigentlich handelt. (Sehr richtig links.) Daß gerade die Erklärung des Kriegsministers so aus dem üblichen Rahmen herausfiel, wundert uns nicht. Wir haben nie daran geglaubt, daß die Vertreter des alten militaristischen Systems das umlernen würden. (Lärm rechts, Zurufe links.)

Aber das wird anders werden. Hoffentlich bringen schon die nächsten Stunden den Beweis dafür, daß die Politik der neuen demokratischen Regierung allen Bülkern den Frieden beträchtlich nähergebracht hat. (Hört! Hört!) Wir warten ab in stolzem Vertrauen auf das, was Deutschland in diesem Kriege geleistet hat, wie sich dieser Frieden gestalten wird. Die französischen und englischen Imperialisten jubelten bis in die letzten Stunden, weil sie glaubten, daß Deutschland wehrlos erliegen würde. Sie hoffen auf eine Zerstückelung Deutschlands. Unter diesem Gesichtspunkt war auch für uns der gestrige Tag einer der trübsten Tage. (Sehr richtig!) Die Redner der Nationalisten verlangten die Wiedereinnahme selbst rein deutscher Gebiete. Gerade jetzt sehen wir, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs schwerste bedroht ist. Aber auch die höchste Not unseres Landes verpflichtet nicht zum Verzicht auf jede Kritik, nur darf es nicht ein denkwürdiges Wühlen in den Wunden des Reiches sein. (Zustimmung.) Das Haus brennt, und der Abg. Haase hat gestern noch Del ins Feuer gegossen. (Zustimmung.) Er hat dazu beigetragen, daß die Rettungsmannschaften einander in die Haare geraten. (Sehr richtig!) Wir wollen aber, daß dem deutschen Proletariat das Dach über dem Kopf erhalten bleibt. (Beifall.)

Das deutsche Volk ist noch nicht zusammengebrochen. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die deutsches Land abtrennen wollen. Gegenüber dem Abg. Niska erinnere ich an die frühere Sozialistenaufklärung, die er hier abgegeben hat. (Sehr gut!) Daß die Polen ihre nationalen Interessen vertreten, ist begreiflich. Daß aber Männer, die innerhalb der deutschen Grenzen geboren wurden, sich von Deutschland wegnehmen, empfinden wir mit tiefstem Schmerz. (Zustimmung.) Freilich ist die Liebe zu Preußen und zu Deutschland ein Gefühl, das wir weder den Polen noch den Dänen, noch den Elb-Lothringern eingepflanzt haben. Das rächt sich jetzt. (Sehr richtig links.) Die Konservativen waren die letzten, die gestern lärmten durften. (Sehr richtig links.) Herr Stöckel hatte gewiß ein Recht zur Kritik. Aber wenigstens ein Wort hätte er auch darüber sagen können, daß in polnischer Erde Tausende unserer besten deutschen Soldaten ruhen und daß die neue polnische Freiheit in reichlichem Maße mit deutschem Blute gegossen ist.

Deutschland hat in diesem Kriege schwer gelitten. Aber soweit sind wir noch nicht, daß deutsche Nationalinteressen leidenschaftlich gepöppelt werden müßten. Wenn Herr Stöckel mit seiner Ablehnung der heutigen Bevölkerungsstatistik recht hätte, dann müßte Amerika wieder an die Indianer fallen und Wilson müßte auswandern. Wir werden nie auf die deutsche Stadt Danzig verzichten. (Beifall.) Die Wilsonsche Forderung muß selbstverständlich ausgeführt werden. Ich hoffe, daß das demokratische Polen und das demokratische Deutschland sich in friedlicher Arbeit gegenseitig ergänzen werden. (Beifall.) Eine Abtretung der deutschen Kolonien an die Entente wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden. Die Völkerverständigung hat zur Voraussetzung, daß auch Deutschland an der Erschließung und Ausbarmachung Afrikas einen gebührenden Anteil erhält.

Das deutsche Volk braucht sich des Kriegsausganges nicht zu schämen. (Zustimmung.) Auch der ehrliche Feind wird das anerkennen, und spätere Geschlechter werden nicht begreifen, das wir uns haben so lange halten können. Jetzt kämpft Deutschland um seine nackte Existenz gegen feindliche Eroberungspläne. Niemand darf daher dem Vaterlande die Mittel verweigern. Es war immer bedroht (Zuruf bei den U. Soz.: Auch als wir vor Paris standen?) Jawohl, auch damals. (Sehr richtig!) Wir beschönigen keine Fehler, aber der gegnerische Kriegswille wird durch deutschen Verzicht nicht gebrochen. Das sehen wir jetzt. Unser Volk ist gar nicht verzagt, das mögen sich die Konservativen merken. Zusammengebrochen sind nur Junker und ihre Heerscharen.

Nicht Scheidemann und Erzberger haben das Waffenstillstandsangebot gemacht, sondern der Kronrat mit Hindenburg und Ludendorff. Nicht die Konservativen haben Abrechnung zu fordern, wir werden sie fordern. Wir verlangen vor allem Aufklärungen über die Verhandlungen Bernstorffs mit Wilson. Auch der Staatssekretär des Reichsmarineamts, der erklärt hat, daß die amerikanischen Transporter nur eine willkommene Beute für unsere U-Boote sind, wird zur Rechenschaft gezogen werden. England hat zwar den Ausbruch des Krieges begonnen, wir brauchen uns also wegen des U-Bootkrieges nicht zu entschuldigen. Der verschärfte U-Bootkrieg aber war ein schwerer politischer Fehler. Dafür wird Rechenschaft gefordert werden.

Graf Westarp hat gestern der Hoffnung auf bessere Zeiten unter einer starken Monarchie Ausdruck gegeben. Heute liegt die Sache so, daß es unehrlich wäre, zu verschweigen, daß Beifall im Volke nur eine große Geste des Trägers der Krone auslösen würde. (Sehr richtig bei den U. Soz.)

Präsident Fehrenbach ruft nachträglich den Abgeordneten Werner-Gießen zur Ordnung, weil er heute auf einen Zwischenruf des Abg. Rorfany (Pole) gerufen hatte: Haas mit dem Lumpen!

Staatssekretär des Innern Crimborn:

Western ist eine Versammlung der deutschen Friedensgesellschaft teilweise verhindert worden. Ich stehe nicht an, mein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß diese Versammlung nicht zustande gekommen ist. Der Vorfall gibt mir Anlaß zu folgender Erklärung: Zunächst stelle ich fest, daß die Verfügung des früheren Kriegsministers vom 8. Juli d. J. betreffend Verhinderung von Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften aufgehoben worden ist. (Beifall.) Damit ist dem Verlangen der Mehrheit dieses Hauses Rechnung getragen. (Beifall.) Weiter habe ich zu erklären: Versammlungen der Friedens-

gesellschaften sollen in der Folge gestattet werden. Die gestern erfolgte Verhinderung der Versammlung fällt, soweit sich die Tatsachen bisher übersehen lassen, nicht unmittelbar dem Berliner Volkstheater-Präsidium zur Last, sondern dem Umstande, daß das Oberkommando über die Erlaubnis der Versammlung nicht rechtzeitig entschieden hatte. (Hört! Hört!) Inwieweit hier ein Verstoß vorliegt, konnte noch nicht völlig ermittelt werden. Eine Untersuchung wird erfolgen. Ich kann aber jetzt schon allgemein bemerken, daß Fürsorge getroffen wird, daß gemäß dem Programm der Regierung die Bestimmungen über Zensur und Belagerungszustand genau durchgeführt werden. Personen, die nicht geeignet sind oder sich nicht für geeignet halten, bei der strikten Durchführung dieser Bestimmungen gewissenhaft und energisch mitzuwirken, haben aus ihrem Amte auszuscheiden. (Lebhafter Beifall.) Die Einheitslichkeit der Reichsregierung wird auch auf diesem Gebiete unter allen Umständen gewährleistet werden. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Hbg. Kreth (Kont.):

In England kommen die Minister auch aus den Mehrheitsparteien, aber sie sprechen dann im Parlament nur für den Staat und nicht für die Partei. Der Vizekanzler hat gestern wieder im Sinne der Fortschrittlichen Volkspartei gesprochen. Er sollte das doch seinen Parteifreunden überlassen, die ja noch so viele ausgezeichnete Führer haben. Die Form, in der der Vizekanzler gestern gegen die Rechte gesprochen hat, war mindestens außergewöhnlich. Wir beneiden die westlichen Demokratien um Männer wie Lloyd George, Wilson und Clemenceau.

Uizekanzler v. Payer:

Der Vorredner hat sich darüber beschwert, daß keine Antwort auf die Frage erfolgt sei, ob der Reichskanzler die Verantwortung für den Ausbruch der sozialdemokratischen Partei übernehme. Ich habe das für einen Scherz gehalten und nicht einmal für einen schlechten, als Graf Westarp ihn machte (Heiterkeit), aber durch Wiederholung kann er nicht gewinnen.

Der Vorwurf, das Parlament sei bei der zweiten Note an Wilson nur mangelhaft herangezogen worden, ist nicht berechtigt. Selbstverständlich muß der Text schon festgestellt sein, ehe er den anderen maßgebenden Faktoren unterbreitet wird. Aber die Herren haben Gelegenheit gehabt, sich über zwei Punkte, deren Text noch nicht feststand, zu äußern, und wir haben bei der endgültigen Fassung auch noch die Bemerkungen berücksichtigen können, die mir von den Parteiführern gemacht wurden.

Der Vorredner hat mir persönlich gute Lehren gegeben — darauf hingewiesen, daß ich unglücklich habe. Ich möchte sagen, daß in diesen Zeiten noch nicht umgelernt hat! Und sind nicht die Klügsten und Besten, die selbst in solchen Zeiten nichts lernen. (Zustimmung.) Wenn er mir vorwirft, ich sei in die Rolle des fortschrittlichen Parteilannes verfallen, so setze ich seiner Behauptung meinen Standpunkt entgegen, daß ich für den Staat gesprochen habe. Ich habe die Politik der Regierung zu rechtfertigen gehabt gegenüber den heftigen Angriffen aus Kreisen der konservativen Partei, den ihr verbündeten Zeitungen und Organisationen, daß wir zum Schaden des Reiches die Konservativen von der Regierung ausgeschlossen hätten. Darum mußte ich darlegen, daß wir sie nicht aufnehmen konnten, weil ihre Politik falsch und der unsrigen widersprechend war. Behauptungen, wie die, daß außer Bismarck noch kein Konservativer der deutschen Reichsregierung gefessen habe oder daß der preussische Partikularismus im Verschwinden sei, sind ein Spiel mit Worten und Begriffen und können niemanden darüber täuschen, worum es sich tatsächlich handelt. Das Maß meiner Ausführungen kann ich mir nicht vorstreifen lassen. Meine Rede wäre ebenso gehalten worden, wenn kein Konservativer in diesem Hause gesprochen hätte, denn ich mußte all das vom Standpunkt der Regierung aus würdigen, was in der Luft lag. (Beifall.)

Hbg. Ledebour (U. Soz.):

Was der Kriegsminister heute über die Kriegslage gesagt hat, vertritt sich nicht mit der Auffassung, die Hindenburg und Ludendorff hier in Berlin aus der Not der Stunde heraus zum Ausdruck gebracht haben, nämlich daß wir einen sofortigen Friedensschluß nötig haben. Es ist unerschrocken von diesen Männern, daß sie Regierung und Volk nicht rechtzeitig über den bevorstehenden Zusammenbruch unterrichtet haben, sonst hätte rechtzeitig eine andere Politik eingeschlagen werden können. Es ist bezeichnend, daß sich der Kriegsminister bei Beurteilung der Kriegslage auf den Grafen Westarp berief und damit sich in Gegensatz zur Auffassung der Reichsregierung setzte. Von einer Parlamentarisierung kann keine Rede sein. Es sind lediglich einige parlamentarische Schritte gemacht worden. (Heiterkeit.) Die Politik der politischen Schritte wird fortgesetzt. Einer unserer Parteigenossen in Halle wurde zwar aus der Unterdrückung entlassen, aber gleich wieder in Schulpforta genommen. (Abg. Kunert, U. Soz.: Ein Schurkenreich des Militarismus! — Der Abg. Kunert wird zur Ordnung gerufen und sogleich zum zweiten Mal, als er den Zuruf wiederholt.)

Der Abg. Stahl, Liebknechts Nachfolger, sollte sein Mandat niederlegen, damit die Wähler entscheiden können, ob er oder Liebknecht das Mandat innehaben soll. Es muß dafür gesorgt werden, daß der jetzige Träger der Krone seinen unheilvollen Einfluß nicht weiter ausüben kann. (Rufe der U. Soz.: Abdanken!) In einem Briefe, den der Kaiser im Jahre 1895 an Nikolaus II. schrieb, äußerte er seine Ansicht über den Deutschen Reichstag und erklärte, er sehe es am liebsten, wenn die Sozialdemokratie, die von den Juden unterstützt würden, und die Ultramontanen alle aufgehängt würden. Wäre dieser Wunsch in Erfüllung gegangen, dann hätte jetzt zum Beispiel der Staatssekretär Oröder nicht ein Portfeuille aus der Hand seines Herrn entgegennehmen können. (Heiterkeit.)

Die Polen sollten sich in ihrem eigenen Interesse vor maßlosen Forderungen hüten. Ich bin stets gegen das Unrecht aufgetreten, das man ihnen angetan hat. Ich gebe Ihnen daher als Freund einen Rat. Die Polen sehen sich in das schwerste Unrecht, wenn sie jetzt versuchen, Gebiete ihrem Staat einzuverleiben, die keine polnische Mehrheit besitzen. Niemand wird sich die Beherrschung durch eine polnische Minderheit gefallen lassen. (Zust.) Die Polen aber verlangen Länder, in denen sie in der Minderheit sind, so Wolhynien, Posen, sogar Kiew und ganz Galizien. Angeblich sind sie außerordentlich tolerant. (Lachen.) Nach meinen geschichtlichen Kenntnissen

sind die polnische Aristokratie und Bourgeoisie stets sehr gewalttätig vorgegangen, und heute noch führen in Ostgalizien die Ruthenen einen scharfen Kampf gegen die dortige polnische Regierung. (Hört, hört!) Nur die heutige Zusammenlegung der Bevölkerung kann den Ausschlag geben. Wo kommen wir sonst hin! Ich habe in England gegen die Unterdrückung der Duren und Iren gekämpft und kämpfe jetzt als Deutscher auch gegen jede Unterdrückung des deutschen Volkes. (Beifall.) Als internationaler Sozialist höre ich nicht auf, Deutscher zu sein. (Beifall.) Nur die Sprachgemeinschaft ist entscheidend, nicht die historische Staatszugehörigkeit. Daher sind die polnischen Ansprüche auf Westpreußen unhaltbar, ganz abgesehen davon, daß Ostpreußen dann ja in der Luft schweben würde. (Sehr richtig.) Mein Kampf gegen jede Unterdrückung zwingt mich auch zu einer Stellungnahme gegen die Versuche der amerikanischen Regierung, die Kultur der in den Vereinigten Staaten lebenden 10 Millionen Deutschen zu vernichten.

Der Redner vertritt in seinen weiteren Ausführungen das innerpolitische Programm seiner Partei.

Vizepräsident Dove ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung, weil er gegen den Abg. Noske den Ausdruck „Verfälscht“ gebraucht hat.

Uizekanzler v. Payer:

Ich muß mein Bedauern zum Ausdruck bringen über den Inhalt und den Ton eines Teiles der Ausführungen des Abg. Ledebour, wie er das in dieser Schicksalsstunde des Deutschen Reiches im Deutschen Reichstage beilebt hat. Seine Worte sind nur bisher geeignet, unserem Vaterlande schweren Schaden zuzufügen. Die Verantwortung fällt auf den Abg. Ledebour. (Zust. Zusl.) Herr Ledebour hat dann einen Brief des Kaisers an den damaligen Grafen aus dem Jahre 1895 verlesen. Ich glaube nicht, daß mit einem solchen Schriftstück, das 25 Jahre zurückliegt, ein Eindruck auf die Parteien dieses hohen Hauses gemacht werden kann. Gelegentliche Wendungen aus einer alten privaten Korrespondenz, die wohl heute niemand mehr auf die Goldwaage legen wird, können nichts bedeuten gegenüber der historischen Entwicklung, die unsere inneren Verhältnisse genommen haben und auf deren Boden der Kaiser getreten ist. Halten Sie sich doch, m. P., an die Kundgebungen des Kaisers, aus denen sich seine Stellung zur neuen Zeit klar ergibt, und lassen Sie Vergangenes begraben sein. Da es sich um eine russische Veröffentlichung handelt, möchte ich aber doch noch daran erinnern, daß gerade der Kaiser es seinerzeit gewesen ist, der dem Grafen dringend geraten hat, ehrlich die konstitutionellen Konsequenzen aus der Zeit zu ziehen. (Beifall.)

Kriegsminister Scheuch:

Auf die gestrige Beschwerde des Abg. Haase über die Eingehung eines zurückgestellten Mannes kann ich erklären, daß der Mann heute wieder entlassen wird und daß die Frage weiter geprüft wird. Herr Noske hat Angriffe gegen meinen Amtsvorgänger in der Tankfrage gerichtet. Der General v. Steim hat erklärt, daß wir einen Tank besitzen, der den feindlichen überlegen ist. Das ist auch richtig. Aber es handelt sich darum, in welcher Zahl wir einen solchen Tank haben und in welcher Zahl der Gegner eine Tanks herstellen konnte. Hier handelt es sich also um ein Modell und nicht um eine Zahl. Dem Abg. Ledebour gegenüber brauche ich die militärischen Fähigkeiten des Generals Ludendorff nicht zu verteidigen. Meine Ausführungen waren durchaus im gleichen Sinne gehalten wie die des Reichskanzlers. Wir gehen einer neuen Ordnung der Verhältnisse entgegen. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn ich den Versuch, neue Wirrnisse zu schaffen, nicht entgegentreten würde.

Hbg. Gothein (Up.):

In dieser schicksalsschweren Stunde waren die Ausführungen des Abg. Kreth besonders tiefbedauerlich. (Zust.) Alle diese Scherze und Witze waren der Zeit nicht angemessen. Wir sollten jetzt diese erste Lesung schließen. Später werden wir Gelegenheit haben, zu den neuen Verhältnissen Stellung zu nehmen.

Der Schluß der ersten Lesung wird darauf gegen die Stimmen der Soz. und Polen angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Stöckel (Pole) darauf hin, daß die Polen „historische Rechte“ auf Westpreußen haben.

Abg. Ledebour (U. Soz.) widerspricht erregt. Westpreußen ist heute ferndeutsches Land und will nicht polnisch werden.

Es folgt die

Zweite Lesung der Verfassungsvorlagen

Abg. Dr. Zehner (Str.) bespricht die Verfassungsänderungen im einzelnen. Er beantragt im Artikel 11 folgende Bestimmungen zu treffen: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich. Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegensätze der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstags.“

Staatssekretär Crimborn: Die Regierung hat gegen diesen Antrag keine Bedenken. Sie behält sich vor, zu erwägen, ob Verbesserungen getroffen werden müssen für die Zeit zwischen zwei Legislaturperioden.

Die Anträge werden darauf angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten, wonach bei Abschluß von Verträgen die Zustimmung des Bundesrats nicht erforderlich sein soll, wird abgelehnt.

Darauf werden die Verfassungsvorlagen mit den Wänderungsanträgen in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Vertrauensfundgebung für den Reichskanzler. Der Antrag lautet: „Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus.“ Der Antrag wird mit 193 gegen 52 Stimmen bei 23 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen nur die Konservativen und die Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Polen enthalten sich der Abstimmung.

Das Haus vertagt sich. Freitag 2 Uhr: Dritte Lesung der Verfassungsvorlagen, Gesetz für Elb-Lothringen. Schluß 2 1/2 Uhr.